

Bundeskanzleramt
Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Juli 2020

Europas Städte fordern direkten Zugang zu Next Generation EU

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die europäischen Städte haben in den letzten Monaten beispiellose Herausforderungen bewältigt. Gleichzeitig sind europaweit die lokalen öffentlichen Haushalte aufgrund sinkender Steuereinnahmen und einer im Gegenzug stark gestiegenen Nachfrage nach sozialen Diensten und Einkommenshilfen geschwächt. Trotz des Einsatzes der Städte in der Krise an vorderster Front und den damit einhergehenden schwerwiegenden finanziellen Belastungen zeichnet sich ab, dass der Großteil der im *Next Generation EU*-Programm vorgesehenen Mittel ausschließlich an die Mitgliedstaaten geht und der nächste Mehrjährige Finanzrahmen keine wichtigen Neuerungen für bessere lokale Direktinvestitionen vorsieht.

Als bundesdeutsche Mitglieder von EUROCITIES, dem wichtigsten Netzwerk europäischer Großstädte, sind wir mehr denn je entschlossen, Europa für die nächsten Generationen neu zu gestalten und setzen uns dafür ein, die Krise als Chance für systematische Veränderungen zu nutzen. Um einen digitalen, grünen und gerechten Aufschwung zu erreichen, müssen wir europäischen Städte in Entscheidungsprozesse miteinbezogen und die europaweite lokale Investitionslücke der letzten zehn Jahre geschlossen werden. Der deutschen EU-Ratspräsidentschaft kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

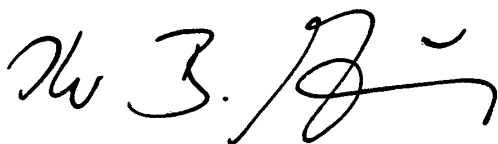
Deshalb bitten wir Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sicherzustellen, dass der besonderen Rolle der Städte, den städtischen Bedürfnissen und den lokalen Investitionslücken Rechnung getragen wird. Ein direkter Zugang der Städte zu den Fonds vor allem der Säulen 1 (*Supporting Member States to recover*) und 2 (*Kick-starting the economy and helping private investment*) des *Next Generation EU*-Programms, muss ebenso fest im Rechtsrahmen verankert werden, wie die Prinzipien der Partnerschaft und der Multi-Level-Governance.

Um sowohl einen schnelleren Einsatz als auch eine größere Wirkung der Mittel auf lokaler Ebene zu erreichen, müssen Städte möglichst unbürokratisch EU-Gelder z.B. aus der *Fazilität für Wiederaufbau und Resilienz* und aus *ReactEU* abrufen können.

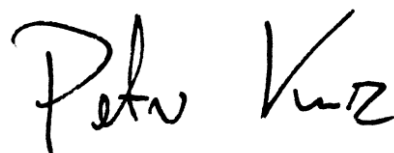
Diese Maßnahmen müssen durch eine erweiterte Berücksichtigung der Städte im Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 unterstützt werden. Langfristige Investitionen in den Städten sollten nicht länger durch europäische Regelungen wie den Stabilitäts- und Wachstumspakt begrenzt werden, die zur Sanierung der Fiskalpolitik eingeführt wurden.

Wir stehen Ihnen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, und Ihrem Kabinett selbstverständlich für weitere Gespräche bereit, in denen wir unsere Überlegungen dazu gerne weiter ausführen und unsere Erfahrungen teilen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Burkhard Jung
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Mitglied des Präsidiums von EUROCITIES



Dr. Peter Kurz
Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Ashok Sridharan
Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn

Barbara Ludwig
Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz

Ullrich Sierau
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund

Thomas Geisel
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt
Düsseldorf

Dirk Hilbert
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt
Dresden

Thomas Markus Kufen
Oberbürgermeister der Stadt Essen

Peter Feldmann
Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

Belit Onay
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt
Hannover

Dr. Frank Mentrup
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

Dr. Ulf Kämpfer
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel

Henriette Reker
Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Markus Lewe
Oberbürgermeister der Stadt Münster

Dieter Reiter
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt
München

Fritz Kuhn
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt
Stuttgart